



Nr. 35

5. September 2013

Inhalt

[dbb Chef Dauderstädt: Altersversorgung eignet sich schlecht als Wahlkampfthema+++](#)

[dbb bundesfrauenvertretung bestätigt: Frauen wollen sich gezielt organisieren+++](#)

[dbb jugend protestiert vor dem Bundeskanzleramt – Öffentlicher Dienst: „Der Staat sieht alt aus“+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW empfiehlt Widerspruch gegen Verfassungsbruch+++](#)

[dbb Hessen lehnt Bürgerversicherung ab+++](#)

[SBB im Gespräch mit Ministerpräsident Tillich: Öffentlicher Dienst nicht unendlich belastbar+++](#)

[dbb mecklenburg-vorpommern widerspricht Finanzministerin+++](#)

[Eigenthaler sieht Probleme bei EU-weitem Datenaustausch+++](#)

[GDL: Mainz ist schon lange überall+++](#)

[GdS zur „Vision“ von Bundesgesundheitsminister: Finger weg von Solidargemeinschaft GKV+++](#)

[Schönbuch zum „Waldgebiet des Jahres 2014“ gewählt+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb Chef Dauderstädt: Altersversorgung eignet sich schlecht als Wahlkampfthema

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat davor gewarnt, eine neuerliche Neiddebatte um Beamtenpensionen in den Bundestagswahlkampf hineinzutragen. Die Altersversorgung sei eine ernste Angelegenheit, die sich nicht als hochgespieltes Wahlkampfthema eigne, sagte Dauderstädt der „Rheinischen Post“ (Ausgabe vom 3. September 2013).

Der dbb Chef widersprach zugleich den Ankündigungen von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück zu einer Begrenzung der Beamtenversorgung. „Bei dem Thema Pensionen hat sich der SPD-Kanzlerkandidat vergaloppiert“, so Dauderstädt. „Peer Steinbrück bereut sicher, was er da von sich gegeben hat“, so Dauderstädt weiter. Beim TV-Duell mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am 1. September hatte der Herausforderer angekündigt, künftig die Pensionen in ihrer Entwicklung an die gesetzliche Rentenversicherung zu koppeln. „Wenn er die Beamtenversorgung an die gesetzliche Rentenversicherung koppeln will, verkennt er die eindeutige Rechtslage“, stellte der dbb Bundesvorsitzende dazu fest. Es handele sich um zwei verschiedene Systeme.

Offensichtlich habe Steinbrück auch aus den Augen verloren, dass die Entwicklung gar nicht so unterschiedlich verlaufen sei: „Zwischen 1993 und 2012 sind die Pensionen um 28 Prozent und die Renten um 25,5 Prozent gestiegen.“ Im Gespräch mit Bloomberg News Deutschland zeigte sich der dbb Chef „erschrocken“ über „Steinbrücks unpräzise Formulierung“ in dem TV-Duell. Anders als von ihm dargestellt, basierten beide Versorgungssysteme jeweils auf einer gesetzlichen Grundlage, die im Fall der Beamtenversorgung nur über eine Verfassungsreform verändert werden

könne, machte Dauderstädt klar. Es handele sich hier um „zwei unterschiedliche Strukturen, die man rechtlich nicht koppeln kann“. Deshalb sei auch „eine Automatik, das eine System an das andere zu binden, mit der jetzigen Rechtslage nicht in Einklang zu bringen“, bekräftigte der dbb Chef auf Anfrage der Nachrichtenagentur Reuters.

Zugleich erinnerte er daran, dass die Beamtenversorgung in den vergangenen Jahren nicht ungeschoren geblieben sei. Ein Nachhaltigkeitsfaktor sei eingezogen, und die Höchstruhestandsgelälter seien von 75 auf 71,75 Prozent des letzten Gehalts abgesenkt worden. Auch beteiligten sich die Beamten an den Versorgungskosten. „Wir haben die Beamten benötigt, 0,2 Prozentpunkte von jeder Besoldungserhöhung in die Versorgungsrücklagen einzubringen.“ Mit diesen Entscheidungen habe es ein „gewisses Niveaangleichungsverfahren“ gegeben.

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt erläuterte seine Argumente auch in einem persönlichen Schreiben an den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück und plädierte darin für eine Versachlichung der Diskussion.
(01/35/13)

dbb bundesfrauenvertretung bestätigt: Frauen wollen sich gezielt organisieren

(dbb) Frauen sehen ihre Interessen durch die Politik nicht ausreichend vertreten. Das zeigt eine aktuelle Umfrage zum „Stand der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Deutschland“. 46 Prozent der vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) befragten Frauen finden, die Politik mache sich für ihre Belange nicht ausreichend stark. 54 Prozent der insgesamt 1.490 interviewten Personen sind der Meinung, es müsse mehr für die Realisierung der Gleichberechtigung getan werden. Dabei bewerten vor allem Frauen die aktuelle Situation kritisch: Nur 27 Prozent der weiblichen Befragten halten die Gleichstellung für „weitgehend verwirklicht“.

Während 41 Prozent der Männer glauben, dass beide Geschlechter mit gleichen Chancen auf

dem Arbeitsmarkt antreten, stellen dies nur knapp 26 Prozent der Frauen fest. Darüber

hinaus stehen Kirchen und Gewerkschaften bei beiden Geschlechtern unter Generalverdacht, keine gleichwertigen Aufstiegschancen für Männer und Frauen zu bieten. Der Umfrage zufolge glauben sogar zwei von drei Frauen, sich gezielt für ihre Interessen organisieren zu müssen.

„Die Ergebnisse decken sich mit unseren Erfahrungen in der gewerkschaftlichen Frauenarbeit. Die Unzufriedenheit unter den weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst nimmt zu. Schuld sind die nur schleppenden Entwicklungen bei der Gestaltung familienfreundlicher Stellenprofile und die noch immer

hohen Hürden, als Frau in verantwortungsvolle, gut dotierte Jobs aufzusteigen. Auch wir registrieren hinter all der Unzufriedenheit ein enormes Potenzial an Frauen, die für ihre Interessen eintreten wollen“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung am 5. September 2013. Die überwiegend männlichen Funktionsträger der dbb Gewerkschaften seien nun angehalten, die politische Aufbruchsstimmung unter den Frauen als Chance für eine starke Interessenvertretung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wahrzunehmen.
(02/35/13)

dbb jugend protestiert vor dem Bundeskanzleramt – Öffentlicher Dienst: „Der Staat sieht alt aus“

(dbb) Unter dem Motto „Der Staat sieht alt aus“ hat die dbb jugend am 4. September 2013 mit einer Protestaktion vor dem Bundeskanzleramt in Berlin auf die schlechte Personalausstattung des öffentlichen Dienstes aufmerksam gemacht.

Astrid Hollmann, stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, unterstützte die jungen Beschäftigten vor Ort. „Uns treibt die Sorge um die Qualität des öffentlichen Dienstes in Deutschland. Ausgedünnt durch den massiven Personalabbau seit der Wiedervereinigung, erwischen uns demografischer Wandel und Fachkräftemangel jetzt mit voller Wucht“, so Hollmann. „Die Wirtschaft läuft uns beim Kampf um gute Mitarbeiter den Rang ab.“ Angesichts der aktuellen Altersstruktur in Behörden und Verwaltungen – 75 Prozent der Beschäftigten sind älter als 35 Jahre – und entsprechend hoher Krankenstände blieben wichtige öffentliche Dienstleistungen auf der Strecke. „Viele Beschäftigte sind am Anschlag und demotiviert. In diesem Zustand wird Deutschlands öffentlicher Dienst seine Funktions- und Leistungsfähigkeit nur schwerlich halten können“, warnte die dbb-Vize und forderte: „Hier muss dringend gegengesteuert werden. Der Staat bietet die Grundlagen für Allgemeinwohl und Wohlstand in Deutschland, und dafür braucht er Mitarbeiter, die sich dieser Aufgabe kompetent und mit Leidenschaft widmen. Wer die Besten für den öffentlichen Dienst will, muss auch Bestes bieten – Neiddebatten wie die aktuelle in Sachen Beamtenpensionen nach dem Merkel-Steinbrück-TV-Duell sind genau das Gegenteil davon.“

„Der Staat sieht in der Tat alt aus“, sagte dbb jugend-Chefin Sandra Kothe am Rande der Aktion. „In den kommenden zehn Jahren werden rund 700.000 Kollegen altersbedingt ausscheiden und damit eine aktuell nicht kompensierbare Personallücke aufreißen. Mehr als eine Million Stellen hat der öffentliche Dienst seit der Wiedervereinigung durch permanente Kürzungen und Verkleinerung des Personalkörpers verloren“, berichtete Kothe und kritisierte: „Anstatt trotz aller Haushaltsdisziplin gleichwohl vorausschauend und in Verantwortung für die öffentlichen Leistungen, die der öffentliche Dienst auch in Zukunft erbringen muss, für eine nachhaltige Rekrutierungsstrategie von Berufsnachwuchs zu sorgen, wurden auch Azubi- und Anwärter-Zahlen drastisch runtergeregelt. Und nun sind alle ganz überrascht, dass die Verwaltungen völlig überaltert sind und qualifizierte Arbeitskräfte fehlen“, so die dbb jugend-Vorsitzende. „Wenn der öffentliche Dienst sich jetzt nicht schleunigst als attraktiver Arbeitgeber präsentiert und qualifizierten, motivierten Nachwuchs einstellt, wird er im Kampf um die besten Köpfe, der wegen des allgemeinen demografischen Wandels schon längst eingesetzt hat, den Kürzeren ziehen.“
(03/35/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW empfiehlt Widerspruch gegen Verfassungsbruch

(dbb) Der DBB NRW hat seinen Mitgliedern am 2. September 2013 nochmals geraten, Widerspruch gegen das nach Expertenmeinung verfassungswidrige Besoldungsanpassungsgesetz einzulegen.

Am 10. Juli hatte der Landtag Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen der Mehrheitsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen das Besoldungsanpassungsgesetz verabschiedet. Es ist rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Das Gesetz sieht vor, dass das Tarifiergebnis nur bis zur Besoldungsgruppe A 10 mit 2,65 Prozent ab 1. Januar und 2,95 Prozent ab 1. Januar 2014 übertragen wird. Die Besoldungsgruppen A 11 und A 12 werden abgespeist mit einem Prozent pro Jahr. Die übrigen Besoldungsgruppen ab A 13 erhalten dagegen keinerlei Bezügeanpassung.

Obwohl 20 von 21 geladenen Experten in der Anhörung vor den zuständigen Ausschüssen des Landtags auf die Verfassungswidrigkeit des Gesetzentwurfes hingewiesen hatten, sahen die Abgeordneten der Regierungsparteien keinen Grund, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu versagen. In einer Sondersitzung des Vorstands der CDU-Fraktion konnte der nordrhein-westfälische Beamtenbund gemeinsam mit dem Richterbund die Abgeordneten der CDU davon überzeugen, ein Normenkont-

rollverfahren vor dem Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen einzuleiten. Die FDP-Fraktion hatte dies bereits von sich aus angekündigt. Der DBB NRW hat diese Entscheidung ausdrücklich begrüßt, da damit gerechnet werden kann, dass innerhalb von zwei Jahren eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs in Münster vorliegt.

Daneben ist es zur Wahrung der eigenen Rechte erforderlich, selbstständig Widerspruch gegen die unvollständige beziehungsweise Nicht-Übertragung des Tarifiergebnisses auf den Besoldungsbereich einzulegen, machte der DBB NRW noch einmal klar und kündigte an, gemeinsam mit Richterbund und Verwaltungsrichtervereinigung symbolisch einen „Musterwiderspruch“ dem Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen zu überreichen, dem dann viele weitere Widersprüche folgen werden. Der DBB NRW Beamtenbund hat seinen Mitgliedsgewerkschaften Musterwidersprüche zur Verfügung gestellt, die diese an ihre Mitglieder weiterleiten.

(04/35/13)

dbb Hessen lehnt Bürgerversicherung ab

(dbb) Die Landesvorsitzende des dbb Hessen, Ute Wiegand-Fleischhacker, hat Plänen für eine Bürgerversicherung eine Absage erteilt. Das bestehende Gesundheitsversorgungssystem in Deutschland sei eines der besten der Welt, sagte sie am 4. September 2013 in Wiesbaden. „Das Zusammenwirken und die Wechselwirkung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung sind Tradition und funktionierende Realität“, stellte Wiegand-Fleischhacker fest.

Herausforderungen im Gesundheitswesen seien der Kostenanstieg durch den medizinischen Fortschritt und die mit dem demografischen Wandel verbundene Alterung der Gesellschaft, so die dbb landesvorsitzende. Diese Herausforderungen betreffen die gesetzliche und die private Krankenversicherung gleichermaßen: „Beide müssen sich diesen Entwicklungen stellen und sich immer wieder anpassen.“

„Positive Entwicklungen aus einer einheitlichen Zwangsversicherung für alle Menschen sieht dbb Hessen nicht“, machte Wiegand-Fleischhacker klar. Es sei vielmehr zu befürchten, dass eine Einheitsversicherung wegen des fortbestehenden Spardrucks zu einem dauerhaft sinkenden Leistungsniveau für alle führe. Gleichzeitig warnte Wiegand-Fleischhacker vor dem Irrglauben, mit einer Bürgerversicherung würde eine Zwei-Klassen-Medizin ausgeschlossen

sen. „Die, die es sich leisten können, werden sich zusätzliche Leistungen immer dazukaufen

können. Die Anderen nicht.“
(05/35/13)

SBB im Gespräch mit Ministerpräsident Tillich: Öffentlicher Dienst nicht unendlich belastbar

(dbb) Zu einem Gespräch in der sächsischen Staatskanzlei haben sich der Landesvorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes SBB Gerhard Pöschmann und der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich getroffen. Ausgangspunkt der Unterredung am 27. August 2013 war laut SBB, dass die Aufgaben des öffentlichen Dienstes mit Blick auf Schuldenabbau, demografische Entwicklung und verringerte Einnahmen aus dem Solidarpakt neu überdacht werden müssen.

Tillich habe die Auffassung des SBB geteilt, dass die Frage, wie viel Staat sich Sachsen in der Zukunft leisten muss und kann, unter der Prämisse des geforderten Personalabbaus neu diskutiert werden muss. „Der Staat hat die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu garantieren, ihre Kinder bestens zu erziehen und wenn es `mal einen Streit gibt, soll die Justiz möglichst gerecht urteilen“, sagte Pöschmann. „Diese Ziele kann man nicht durch Privatisierung, ständigen Personalabbau und andauernde Frustration der Betroffenen errei-

chen.“ Pöschmann verwies in diesem Zusammenhang auf die seit drei Jahren andauernde Benachteiligung der Beamten durch die Streichung der Sonderzahlungen und die ungerechte Übernahme des Tarifergebnisses. Der öffentliche Dienst sei nicht unendlich belastbar.

Der Ministerpräsident betonte, es bedürfe einer konstruktiven Aufgabenkritik, die dann in ein auf künftige Bedürfnisse zugeschnittenes Personalentwicklungskonzept münden müsse.
(06/35/13)

dbb mecklenburg-vorpommern widerspricht Finanzministerin

(dbb) Widerspruch zu Äußerungen der Finanzministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Heike Polzin, hat der dbb Landesbund angemeldet. In der ersten Lesung des Gesetzes zur Besoldungsanpassung in den Jahren 2013 bis 2015 hatte Polzin den Gesetzentwurf mit den Worten eingebracht: „Gewerkschafts- und Interessenvertreter sprachen sich einstimmig für das Modell mit dem Sockelbetrag aus.“

„Dazu muss ich feststellen, dass dies zumindest für den dbb nicht zutrifft“, stellte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am Rande der Landtagssitzung am 4. September 2013 klar. „Zu keiner Zeit habe ich als Vertreter einer Spitzenorganisation während des Beteiligungsverfahrens für eine der beiden vorgeschlagenen Varianten votiert und das aus zwei Gründen: Beide Varianten spiegeln nicht den tatsächlichen Tarifabschluss wider und regeln zudem Anpassungen im Jahr 2015, für das es noch nicht einmal die üblicherweise vorgelagerten Tarifverhandlungen gab.“

Nun sei der Gesetzentwurf im Landtag und „wir werden im Vorfeld der Anhörung am 25. September versuchen, die Abgeordneten für Kompromissbereitschaft zu sensibilisieren“, so Knecht. Ausdrücklich begrüße der dbb allerdings die Ankündigung der Finanzministerin, unabhängig vom weiteren Fortgang des parlamentarischen Verfahrens Abschlagszahlungen für die Besoldungs- und Versorgungsempfänger ab Oktober zu veranlassen.
(07/35/13)

Eigenthaler sieht Probleme bei EU-weitem Datenaustausch

(dbb) Auf Probleme beim EU-weiten Datenaustausch, mit dem die Finanzminister gegen die Steuerflucht vorgehen wollen, hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler hingewiesen.

Der Deutschen Welle sagte Eigenthaler am 3. September 2013: „Die Dinge kommen tröpfchenweise an – und in Papierform“ – eine Mitteilungsförmigkeit, die im internationalen Datenaustausch eigentlich völlig veraltet sei. Die Folge: Es sei für die Finanzbehörde sehr schwierig, Papiere, die aus dem EU-Ausland kommen, auszuwerten und dem richtigen Steuerzahler zuzuordnen. Ein einheitliches Format der auf-

gelisteten Kapitaleinträge europäischer Steuerzahler fehle bis heute.

„Wir müssen davon ausgehen, dass wir sehr unterschiedliche Steuerverwaltungen in Europa haben. Und jedes Land hat seine eigenen Software“, so Eigenthaler. Er forderte, dass die Übermittlung künftig elektronisch erfolgen müsse.

(08/35/13)

GDL: Mainz ist schon lange überall

(dbb) „Mainz ist schon seit Langem überall.“ Mit dieser Feststellung ist der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize Claus Weselsky am 2. September 2013 in die Sitzung des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestags gegangen.

Unter der Überschrift „Konsequenzen der aktuellen Situation der Deutschen Bahn AG für die Zuverlässigkeit des Schienenverkehrs in Deutschland“ hatte das Parlament Rechenschaft zum Versagen des Managements gefordert. Nicht nur Fahrdienstleiter, auch Lokomotivführer und Zugbegleiter fehlen bei der DB. Bundesweit gibt es 1.000 Lokomotivführer zu wenig, allein bei der Deutschen Bahn fehlen 800, machte Weselsky klar. „So haben beispielsweise viele unserer Kollegen aus Bayern schon zum Münchner Oktoberfest ihre Jahresarbeitszeit erreicht und müssen trotzdem noch Überstunden machen.“ Im Durchschnitt, so der GDL-Chef, schieben die Lokomotivführer 150 Überstunden vor sich her, Jahr für Jahr steige

diese Zahl. Dies sei „ein deutliches Warnsignal“.

Dem Streben nach satten Gewinnen wurde seit der Bahnprivatisierung 1994 alles untergeordnet, kritisierte Weselsky. Personalabbau stand dabei ganz oben auf der Agenda. Zwar stellt die DB inzwischen – nicht zuletzt auf Druck der GDL – vermehrt Lokomotivführer ein und bildet auch mehr aus, aber sie reagiert viel zu spät und zu kurzfristig. In den kommenden drei Jahren gehen hier allein altersbedingt mehr als 2.000 Lokomotivführer in den Ruhestand.

(09/35/13)

GdS zur „Vision“ von Bundesgesundheitsminister: Finger weg von Solidargemeinschaft GKV

(dbb) Auf Ablehnung ist bei der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) eine Äußerung von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr gestoßen. In einem Zeitungsinterview hatte Bahr auf die Frage „Bleibt die private Krankenversicherung erhalten oder kommt eine Einheitskasse?“ unter anderem geantwortet: „Ich möchte, dass alle Menschen selbst entscheiden können, wie und wo sie sich versichern wollen. Das ist meine Vision. Notwendig ist, dass jeder die Grundleistung versichert hat.“

In den Medien wurde diese Aussage so interpretiert, dass Bahr allen Bundesbürgern die

Wahlfreiheit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung eröffnen will. Das wäre

aber nur dann möglich, wenn die Jahresarbeitsentgeltgrenze (sogenannte Versicherungspflichtgrenze), ab der Arbeitnehmer von der gesetzlichen zur privaten Krankenversicherung wechseln dürfen, abgeschafft wird. Zurzeit liegt diese Grenze bei einem Bruttoarbeitsentgelt von 52.500 Euro (für Arbeitnehmer, die schon 2002 privat krankenversichert waren: bei 47.250 Euro) im Jahr.

Die GdS lehnt eine solche „Wahlfreiheit für alle“ strikt ab, weil dadurch insbesondere junge, gesunde und gut verdienende Versicherte

in die private Krankenversicherung gelockt würden. Das Solidarprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung würde immer mehr ausgehöhlt. Dazu sagte der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner am 30. August 2013: „Die GdS tritt weiter für die Beibehaltung des gegliederten Krankenversicherungssystems ein. Die Versicherungspflichtgrenze als ‚Friedensgrenze‘ zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung muss erhalten bleiben.“
(10/35/13)

Schönbuch zum „Waldgebiet des Jahres 2014“ gewählt

(dbb) Der Titel „Waldgebiet des Jahres 2014“ geht an den Schönbuch (Baden-Württemberg). Wie der Bund Deutscher Forstleute (BDF) am 1. September 2013 mitteilte, hatten sich an der Abstimmung im Internet mehr als 12.000 Wähler beteiligt. Mehr als 50 Prozent der Stimmen gingen an den Schönbuch.

2012 war der Meulenzahl in Rheinland-Pfalz zum Waldgebiet des Jahres gekürt worden, 2013 der Solling in Niedersachsen. In diesem Jahr standen neben dem Schönbuch die Lieberose Heide (Brandenburg), der Steigerwald (Bayern) und das Zittauer Gebirge (Sachsen) auf der Kandidatenliste.

Von Anfang an stößt die Wahl sowohl bei Medien als auch in der jeweiligen Region auf großes Interesse bei Bürgern, Forstleuten, in der Politik und bei zahlreichen Partnern des Waldes. Mit der Auszeichnung gewürdigt wird ein vorbildlich und in allen Bereichen nachhaltig bewirtschaftetes Ökosystem, aber auch die erfolgreiche Arbeit der Forstleute vor Ort.

BDF-Bundesvorsitzender Hans Jacobs würdigte den Schönbuch als einen „natürlich besonders

schönen Wald“. Jacobs: „Wir gratulieren den Gewinnern ganz herzlich. Sie haben in ihrer Region und darüber hinaus sehr erfolgreich für ihren Wald geworben. Die Abstimmung hat gezeigt, dass die Deutschen ihre Wälder lieben. Wir zeigen ihnen nun auch die Menschen, die hinter den ‚romantischen‘ Waldbildern stehen.“ Die öffentliche Verleihung des Titels findet im Frühjahr 2014 in der Region des Schönbuchs statt. Das ganze Jahr 2014 über wird dann der Wald mit zahlreichen Veranstaltungen von den verschiedenen Partnern und Akteuren gefeiert.

Informationen zum Waldgebiet des Jahres 2014: www.waldgebiet-des-jahres.de
(11/35/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) „Die Bundeswehrreform hat die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr zutiefst verunsichert und demotiviert. Ihre Belange wurden einfach übergangen.“ Das stellte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende **Kirsten Lühmann** nach Veröffentlichung einer Studie des Verbands der Beamten der Bundeswehr (VBB) am 29. August 2013 in Berlin fest. Die Studie zeige erschreckend in allen Einzelheiten, wie schlecht die Stimmung bei den Zivilbeschäftigten der Bundeswehr sei. Die Reform

werde von den Befragten vor allem als nicht durchdacht, chaotisch und überstürzt eingeschätzt. Die Mehrheit fühle sich schlecht informiert. Die Mitarbeiter, so Lühmann weiter, müssten auf dem schwierigen Reformweg mitgenommen werden. „Bei diesen erschreckenden Zahlen stellt sich die Frage, ob das nicht in Zukunft die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr gefährdet.“ Noch sei Zeit nachzusteuern und die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. „Die Auslagerung der Aufgaben, der

Personalabrechnung und des Reise- und Umzugs-Managements können noch gestoppt werden. Hierzu fordern wir den Verteidigungsminister mit Nachdruck auf. Aber auch die willkürlich festgesetzte Umfanggröße von 55.000 Zivilbeschäftigten muss dringend korrigiert werden.“

„Puren Populismus“ sah **Volker Stich**, Landesvorsitzender des BBW und dbb Vize, in den Äußerungen des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück zum Thema Renten und Pensionen im TV-Duell mit Angela Merkel. Die „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 2. September 2013) zitieren Stich mit den Worten: „Herr Steinbrück hätte sich vor dem TV-Duell vielleicht etwas besser vorbereiten und in dem Thema recherchieren müssen. Dann wäre ihm klar gewesen, dass man Renten und Pensionen nicht eins zu eins vergleichen kann. Wenn man da etwas ändern will, kommt man schnell an verfassungsrechtliche Grenzen.“ Renten, so Stich weiter, orientierten sich bekanntlich an den Lohnerhöhungen, „die Pensionen aber an den Besoldungserhöhungen und Tarifierhöhungen. Es wird also immer Unterschiede geben“.

Mangelnde Sattelfestigkeit beim Thema Renten und Pensionen hat der Landesvorsitzende des Niedersächsischen Beamtenbundes (NBB) **Friedhelm Schäfer**, dem SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück nach dessen Aussagen im TV-Duell mit Angela Merkel attestiert. Steinbrück müsse dies geraderücken. „Wir sind in der Situation, dass wir zwei vom Grundansatz her unterschiedliche Alterssicherungssysteme haben. Es gibt eine Verbindung bei den Strukturen. Die Rente mit 67 und der Nachhaltigkeitsfaktor aus dem Rentenrecht sind auch im Beamtenrecht umgesetzt worden. Die finanzielle Auswirkung auf die betroffenen Personen ist stärker als im Rentenrecht“, sagte Schäfer der „Nordwest-Zeitung“ (Ausgabe vom 4. September 2013). Die Alterssicherung sei generell ein Problem, aber kein Problem der Beamtenversorgung. Schäfer: „In Niedersachsen etwa wird der Steigerung der Pensionskosten durch eine von den Beamten erbrachte Versorgungsrücklage entgegengewirkt. Wir führen jedes Jahr daraus Millionenbeträge in den Landeshaushalt zur Absenkung der Versorgungskosten ab.“

Ausgelöst durch den Brandbrief des **dbb hamburg** an den Ersten Bürgermeister Olaf Scholz kommt nun tatsächlich Bewegung in die leidige Angelegenheit der verzögerten

Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2013/ 2014. Das teilte der dbb hamburg am 28. August 2013 mit. Mit einem fraktionsübergreifenden „Nachantrag“ zur Bürgerschaftssitzung am selben Tag wurde der Gesetzentwurf zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2013/ 2014 auf den Weg gebracht. Nun werde die Besoldungsanpassung (samt Nachzahlung) 2013 bereits zum 1. Oktober 2013 an die verbeamtete Kollegenschaft ausgezahlt. Die Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2014 könne pünktlich zum 1. Januar 2014 erfolgen.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat den Vorstoß von Kanzlerin Angela Merkel begrüßt, das Kooperationsverbot auch im schulischen Bereich aufzuheben. Sie folge damit einer langjährigen Forderung des VBE. „Die Kanzlerin macht deutlich, dass sie erkannt hat, dass große Bildungsaufgaben wie z. B. der Ausbau des Ganztags nur in einer gemeinsamen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen zu stemmen sind“, sagte der VBE Bundesvorsitzende **Udo Beckmann** am 29. August 2013. Aus Sicht des VBE sei neben dem Ausbau des Ganztags insbesondere die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems eine große Herausforderung, die nur gemeinsam von allen politisch Verantwortlichen aus Bund, Ländern und Kommunen gelöst werden könne. „Es wird allerhöchste Zeit, dass sich Bund und Länder in dieser Frage auf eine tragfähige und zukunftsweisende Lösung einigen“, forderte Beckmann.
(12/35/13)